

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden  
Verlags-Gesellschaft: 30 941  
Kurs für Mitglieder: Nr. 30 911  
Schließung u. Geschäftsverhältnisse:  
Dresden - N. 1, Marienstraße 28/29

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.00 RM, einschließlich 70 Pf. für Zehr-  
geld, durch Vorzahlung 2.80 RM, einschließlich des Pf. Vorzahlung ohne Vorzahlungsgeld bei  
1 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf. Bezugspreis: Die einwöchige 50 Pf. bei  
Jahres 50 Pf., für Ausland 40 Pf., die 90 zum best. Bezugspreis 200 Pf., über 200 Pf.  
ab: Familienabgabe u. Taxt. Familienabgabe und Zeitungsgebühr ohne Rabatt 10 Pf., außer-  
halb 20 Pf. Offiziergebühr 20 Pf. Ausländische Postgebühren gesondert berechnen.

Druck u. Verlag: Siebich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) (Schl.) (Unverändert  
Schuldrück) werden nicht aufbewahrt

## Neues Verhandeln mit den Gewerkschaften

### Beschleunigte Lösung der Krise tut not

Drabtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Dezember. Eine Lösung der Regierungskrise war bis Donnerstagvormittag noch nicht erfolgt. Eben-  
wenig war ein Belohnungsschleicher beim Reichspräsi-  
denten angelegt, von dem gerüchtweise bereits verlautete.  
Schleicher legt vielmehr im Reichswehrministerium seine Be-  
weiskraft an die Nationalsozialisten ein, die die Gewerkschaften  
unterstützen. Für den Nachmittag wird die Veröffentlichung eines Briefes erwartet, den die freien  
Gewerkschaften an den Reichswehrminister v. Schleicher  
gerichtet haben. Vielleicht gibt dieser Brief dann Anhalts-  
punkte, wo Schleicher die Verhandlungsmöglichkeiten mit  
den Linken sieht.

Dieses Spiel mit der Linken hat naturgemäß die  
deutschnationalen Kreise außerordentlich misstrauisch  
gemacht.

und man weiß sich, von dieser Seite aus festzustellen, daß  
Meldungen, wonach die Deutschnationalen ohne weiteres  
bereit seien, ein Kabinett Schleicher zu tolerieren, Vermutun-  
gen darstellten, für die positive Unterlagen fehlten. Die  
DNVP habe zu der neuen Lösung überhaupt noch  
keine Stellung genommen und außerdem nicht be-  
kannt, daß sie mit der Fortdauer eines Kabinetts v. Papen,  
das wirtschaftlich im Gegensatz zu den Erfahrungen der  
letzten Monate eine klare und einheitliche Politik gewähr-  
leiste und personell gegen die gemachten Fehler gesichert, also  
empfehlenswert und gebildet sei, einverstanden gewesen wäre  
und daß die Gesamtdemission des Kabinetts-Weis-  
ung nicht annehmen würde. Der Kündiger ist also eine gewisse  
Oppositionsstellung gegen Schleicher an, über dessen  
Ernennung es im übrigen zunächst wieder ziemlich still ge-  
worden ist.

Am schwersten leidet unter dieser Krise zur Zeit  
wohl der Reichspräsident.

so daß gewisse Gerüchte über die Möglichkeit einer Prä-  
sidentschaftsaktion, die verschiedentlich bereits im  
Umlauf waren, erneut und in verstärktem Maße for-  
topriert zu werden beginnen. Soweit aus Weimar zu-  
verlässige Mitteilungen vorliegen, scheint es nun doch, daß  
Dittler jede Beziehung mit Schleicher ablehnt, so-  
fern dieser nicht von vornherein ihm den Reichs-  
kanzlerposten verschafft. Trotzdem sind noch nicht alle  
Fäden zwischen Weimar und Berlin abgerissen, wiewohl  
man kaum noch zu leben vermag, wie die von Schleicher ge-  
machte Annäherung noch verwirklicht werden könnte. Die  
Unruhe in den politischen Kreisen ist bei alledem im  
ständigen Steigen, und immer stärker wird die Forder-  
ung, daß mit dieser Krise so oder so kurzfristig Schluss  
gemacht werden muß.

Allgemein nimmt man an, daß die Entscheidung, wer  
das neue Kabinett bildet, spätestens Freitag vormittag

fallen wird. Die Kabinettsbildung selbst dürfte dann aber  
noch einige Tage in Anspruch nehmen. Es ist keineswegs  
sicher, daß sie bis zum Zusammentritt des neuen Reichs-  
tages am 6. Dezember erfolgt sein wird. Es würde also  
unter Umständen der Reichstag sich noch dem geschäfts-  
führenden Kabinett von Papen bei seinem Zusam-  
mentritt gegenübersehen. Man weiß darauf hin, daß ein solches  
Vorgehen unter Umständen den Vorteil haben könnte, daß  
der künftige Kanzler aus dem Verhalten der Parteien im  
neuen Reichstag für das von ihm zu bildende Kabinett so-  
wohl in personeller Hinsicht wie auch für das sachliche Pro-  
gramm gewisse Folgerungen ziehen könnte.

### Dittler kommt nicht nach Berlin

Weimar, 1. Dezember. Der Pressesekretär der DNVP, Dr.  
Dietrich, gibt folgende Mitteilung der Reichspressestelle der  
DNVP bekannt: Gegenüber den von politisch interessierter  
Seite inoffiziell in die Öffentlichkeit gebrachten Meldun-  
gen, wonach Adolf Dittler ausgereist, mitgeteilt oder auch nur  
beabsichtigt habe, zu Verhandlungen über die Regierungsbil-  
dung mit irgendwelchen amtlichen Stellen nach Berlin zu  
kommen, wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß alle  
diesbezüglichen Meldungen frei erfunden sind, und die  
öffentliche Meinung zu verwirren. An derartigen Verhand-  
lungen mit den zur Zeit in Berlin mit der Kabinettsbildung  
befaßten Persönlichkeiten lag und liegt für die DNVP  
keinerlei Anlaß vor, da ja Adolf Dittler bereits am  
28. November dem Herrn Reichspräsidenten seinen in der  
Öffentlichkeit bekannten schriftlichen Plan und Klaren und  
einseitigen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise in  
allerkürzester Frist unterbreitet hat.

### Die deutsche Vertretung in Genf

Berlin, 1. Dez. In den Presseerörterungen über die  
Frage der Zusammenkunft der führenden Staatsmänner in  
Genf zur Besprechung der Gleichberechtigungsfrage erfahren  
wir von unabhängiger Stelle, daß der deutsche Reichsaußen-  
minister Freilich, v. Krennath erst nach Bildung des neuen  
Reichskabinetts nach Genf fahren wird. Die führenden  
Staatsmänner der anderen Mächte, die, wie bekannt, bereits  
in einigen Tagen wieder in Genf eintreffen, sind darüber  
unterrichtet und haben ihr Verständnis für das Ver-  
bleiben des Reichsaußenministers in Berlin zum Ausdruck  
gebracht. — Deutschland ist bei den zu erwartenden Ver-  
handlungen über die Mandatsfrage durch den Ge-  
sandten von Weisacker vertreten.

## Englands Ziele in der Flottenabrüstung

### 10 000-Tonnen-Schiffe genügen nicht

London, 1. Dez. Im Verlauf der Unterhausdebatte  
über die Seeabrüstung ging der Erste Lord der Ad-  
miralität auf die Anregungen ein, die Vintenschiffe durch  
Schiffe von 10 000 Tonnen zu ersetzen. Die englische Ad-  
miralität sei aus technischen Gründen der Ansicht,

daß ein 10 000-Tonnen-Schiff vollkommen untauglich sei,  
die Aufgaben eines Schlachtschiffes zu erfüllen.

Das sei auch im übrigen die Ansicht von 99 v. H. aller  
Seeoffiziere. Wenn England zum 10 000-Tonnen-Schiff  
übergehen würde, müßte es für seine Zwecke so viele davon  
bauen, daß sich eher eine Kostensteigerung als eine  
Verminderung ergeben würde. England verfolge die  
Schlachtschiffstrategie auf 20 000 herabzusetzen. Weiter wolle  
es die 10 000-Tonnen-Kreuzer und die Unterseeboote ab-  
schaffen. Wenn die Abschaffung der Unterseeboote  
durchgesetzt werde, sei England bereit, die Zahl der  
Zerstörer zu vermindern, vorausgesetzt, daß die anderen  
Staaten sich diesem Schritte anschließen. England wolle  
eine Herabsetzung der Kreuzertonnage auf 7 000. Einen  
solchen Kreuzer könne niemand mehr eine Angriffswaffe  
nennen.

Die englische Regierung habe dabei den Schiffstyp  
im Auge, der Deutschland unter dem Versailles Ver-  
trag erlaubt wurde.

Der konservative Abgeordnete Carson sagte, daß  
Deutschland einen äußerst gefährlichen Schiffstyp entwickele,  
der alle Berechnungen der Schlachtschiffkonstrukteure in der  
ganzen Welt über den Haufen werfen werde. England habe  
nur drei Schiffe, die sie in Schach halten könnten. Auch  
andere Abgeordnete wiesen auf die Gefahr, die neuen  
deutschen Schiffstypen oder auf ihre Vorbildlichkeit für den  
Kriegsschiffbau hin.

Der ehemalige Kriegsminister Amery sagte,  
es sei nicht zu rechtfertigen, daß England durch den Ver-  
sailles Vertrag gezwungen werden sollte, qualitativ oder

quantitativ auf den deutschen Stand abzurufen. Die Folge  
würde nur die Aufnahme der militärischen Aktivität Deutsch-  
lands sein, um die verlorenen Gebiete wieder zurückzu-  
erobern. Ein Arbeiterabgeordneter machte den  
merkwürdigen Vorschlag, die englische, die deutsche und die  
französische Flotte sollten ein gemeinsames Manöver ab-  
halten, um die gegenseitige Freundschaft zu erproben und  
Mißverständnisse zu beseitigen.

### Fabrik falscher Pässe ausgehoben

Berlin, 1. Dezember. In der Kaiserallee in Berlin-  
Wilmersdorf ist eine Werkstatt internationaler Dokum-  
entenfälscher von der Kriminalpolizei ausgehoben  
worden. Die beiden Führer der Fälscherbande wurden fest-  
genommen. Sie hätten politische Motive verfolgt  
haben. Hierher haben sie jede Ausfuge über ihre Tätigkeit  
verweigert. In verschiedenen Verkehrsanlagen sind die Polizei  
mehrere hundert fertiger Stempel, die den Dienst-  
stempeln vieler europäischer Polizeibehörden nach-  
gebildet waren.

Unter anderem wurden Stempel deutscher, schwedischer, russi-  
scher, englischer und schwedischer Polizeipräsidenten gefunden.  
Außerdem entdeckten die Beamten eine große Reihe von  
Passmischstempeln, die die Namen maßgebender Beamter  
europäischer Polizeibehörden aufwiesen. In einem Verkehr  
wurden ferner zahlreiche Blankopassformulare ge-  
funden. Die Fälscher hatten über dreißig Sorten verschieden-  
farbiger Tinte, mit deren Hilfe sie die in den verschiedenen  
Ländern gebräuchlichen Passnotierungen vornahmen.

### Deutsch-englische Handelsverhandlungen

Berlin, 1. Dez. Wie wir erfahren, werden in der näch-  
sten Woche in Berlin Sonderverhandlungen mit Vertretern  
der englischen Regierung über verschiedene Wirtschaftsfragen  
stattfinden.

### Brief des Reichskanzlers an Ministerpräsident Braun

Berlin, 1. Dezember. Der Reichskanzler hat in seiner  
Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen in  
einem Briefe an den preussischen Ministerpräsidenten Dr. h. c.  
Braun vom 30. November 1932 zu dem Erlaß vom 24. No-  
vember 1932 Stellung genommen. Danach bleibt es in der  
Frage der Briefbestellung bei der bisherigen Anordnung, daß  
Briefe, die nicht ausdrücklich für das in der Leipziger Straße  
untergebrachte Staatsministerium bestimmt sind, weiterhin  
den zuständigen preussischen Behörden zu gehen. Ferner wird  
noch einmal einwandfrei festgestellt, daß die Beamten, die vom  
preussischen Staatsministerium oder von einzelnen Ministern  
im Rahmen der ihnen zustehenden Befugnisse in Anspruch ge-  
nommen werden,

ihre Beziehungen nur durch die zuständigen Staatssekretäre  
entgegenzunehmen haben.

Der Reichskanzler stellt mit Bedauern fest, daß das preussische  
Staatsministerium in seinem Erlaß vom 24. November 1932  
sich dazu verstanden hat, der Beamtenschaft mitzuteilen, daß  
die preussische Staatsregierung die Aufhebung der nach  
ihrer Ansicht sachlich unangemessenen Maßnahmen des  
Herrn Reichspräsidenten anstrebe. Durch derartige Mit-  
teilungen werde eine Unklarheit in die Beamtenschaft  
gebracht, die im Interesse der Aufrechterhaltung eines ge-  
ordneten Dienstbetriebes und somit der Aufrechterhaltung  
der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kaum zu ertragen sei.

### Hinichtlich des Beamtenangerechts

verbleibt es bei der vom Herrn Reichspräsidenten getroffenen  
Anordnung, daß das Beamtenangerechts den vom 1. No-  
vember 1932 an zu gelten hat. Der Reichskanzler stellt dazu  
noch ausdrücklich fest, daß die Ausführungen über das Be-  
amtenangerechts, die das preussische Staatsministerium seinem  
Erlaß beigefügt hat, angefallen sind, den durch den Erlaß des  
Herrn Reichspräsidenten festgelegten Rechtszustand zu klären  
und Unruhe in die Bevölkerung in einer Angelegenheit  
zu tragen, die für das Schicksal der betroffenen Personen von  
großer Bedeutung ist. Der Reichskanzler bedauert, daß der  
Herr Ministerpräsident die Hand zu einem solchen kaum zu  
verantwortenden Vorgehen geboten habe. Eine Veröffent-  
lichung des vom preussischen Staatsministerium heraus-  
gegebenen Erlasses im Reichs- und Staatsanzeiger und in  
den Ministerialblättern unterbleibt, da es sich lediglich  
um Anordnungen für den inneren Dienstbetrieb handelt, die  
nur für einen Teil der Beamtenchaft der Ministerien Be-  
deutung haben.

### Die preussischen Sparmaßnahmen in Kraft

Berlin, 1. Dez. Die umfassenden Reformmaßnahmen  
in der preussischen Zentralverwaltung, die durch die Spar-  
verordnung der kommissarischen Regierung vom 20. Oktober  
dieses Jahres verfügt wurden, sind mit dem 1. Dezember  
wirksam geworden. Da die Sparverordnung sich auf die  
sogenannte Dietramszeller Notverordnung des Reichs-  
präsidenten stützt, jene Verordnung, in der die Länder er-  
mächtigt wurden, Sparmaßnahmen zur Deckung ihres  
Etatgleichgewichtes durchzuführen, ist das Parlament oder  
eine andere Stelle nicht in der Lage, die jetzt in die Praxis  
überführten Reformen in der preussischen Zentralverwal-  
tung zu befehlen.

Mit dem 1. Dezember hat daher in Preußen das  
bisherige Ministerium für Volkswirtschaft auf-  
gehört zu existieren.

Mit dem gleichen Termin führt das bisherige preussische  
Handelsministerium den Namen „Ministerium für  
Wirtschaft und Arbeit“. In den beteiligten Fachressorts  
wird über die Einteilung, vor allem der Neuverteilung der  
Aufgaben der Zentralinstanzen, noch weiter verhandelt  
werden.

### Austritt der SPD. aus der badischen Regierung

Karlsruhe, 1. Dez. Das Mitglied der sozialdemokra-  
tischen Landtagsfraktion, Staatsrat Müller, der zugleich  
vertretungsweise den Posten des Ministers des Innern  
versteht, hat am Mittwoch vor Beginn der Landtagssitzung  
sein Amt als Staatsrat niedergelegt. Damit ist der  
Ministerium des Innern niedergedrückt. Damit ist der  
Infolge der Konfidents-Streitigkeiten zwischen  
Zentrum und Sozialdemokraten schon angekündigte Aus-  
tritt der Sozialdemokratie aus der badischen Regierung jetzt  
auch nach außen hin vollzogen worden.

### Japanische Offensive in der Mandchurei

Schanghai, 1. Dez. Nach schnellem Vormarsch längs  
der ostchinesischen Bahn haben die Japaner die Stadt  
Tschialantun eingenommen. Man glaubt, daß die Offensi-  
ve, an der rund 20 000 Japaner teilgenommen haben sollen,  
weniger Zweck hat, die harten Gebirgsstellungen der  
Chinesen bei Chinan zu nehmen, als vielmehr den chine-  
sischen Befehlshaber in der Mandchurei, General  
Suningwen, zu Verhandlungen zu zwingen.  
Suningwen hält 250 japanische Blaupersonen als Geiseln  
gefangen und verweigert ihre Freilassung. Suningwens  
Hauptquartier meldet, daß sechs japanische Flugzeuge  
den Westbahnhof von Tschialantun mit Bomben belegt  
und den Bahnhof und einige Kasernen zerstört hätten.